

Gastbeitrag von Bundespräsident Ignazio Cassis

Wir sind bereit, einen Preis für die Freiheit zu bezahlen

Der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat auf einen Schlag eine historische Epoche unseres Kontinents zerstört: der erste Überfall auf ein souveränes, demokratisches Land seit Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939. Über Nacht wurde der Ostrand Europas zum Pulverfass. Mit gravierender Wirkung auf die Menschen in der Ukraine, aber auch auf das russische Volk, auf die Welt, auf Europa und auf die Schweiz. Und weil überlebenswichtige Kornlieferungen aus Russland und aus der Ukraine wegfallen, droht eine Hungersnot in den ärmsten Ländern.

Die freie Welt hat auf diesen Tiefpunkt in der globalen Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Unterdrückung mit eindrücklicher Einhelligkeit reagiert. Auch für den Bundesrat ist klar: Die Schweiz kann und darf diesen Krieg nicht tatenlos hinnehmen, sondern muss Stellung beziehen. Mit Sanktionen, mit würdigen Antworten auf Flüchtlingsschicksale hier und vor Ort, mit diplomatischen Initiativen sowie mit der Hilfsbereitschaft und Solidarität unzähliger Schweizerinnen und Schweizer. Das ist unsere humanitäre Tradition.

Neutralität heisst, sich für Frieden und Sicherheit einzusetzen

Dieser Krieg ist von einer Zerstörungskraft getrieben, die alle Prinzipien der Zivilisation sprengt. Deshalb hat der Bundesrat die EU-Sanktionspakete vollständig übernommen. Dies erforderte Sorgfalt und Entschiedenheit, denn Sanktionen müssen neutralitätsrechtlich wasserdicht sein. Das heisst, wir unterstützen keine Kriegspartei militärisch, weder mit Truppen noch mit Waffen.

Die Neutralitätspolitik ist hingegen kein Dogma, sondern ein flexibles Instrument unserer Aussen- und Sicherheitspolitik. Ein mit Solidarität und Werten verknüpftes Instrument, das sich sowohl am Landesinteresse des Neutralen als auch am Interesse der Staatengemeinschaft orientiert. Daher gibt es einen Spielraum. Neutral heisst nicht untätig. Russland hat das im Völkerrecht verankerte Gewaltverbot derart schwerwiegend verletzt, dass ein Nichthandeln der Schweiz dem Aggressor in die Hände gespielt hätte. Dies diente dem Bundesrat als Massstab für seine Entscheide.

Die Geschichte lehrt uns, dass es eine Zeit danach geben wird; wenn die Waffen wieder schweigen. Auf dieses Ziel hin ist die Schweiz bereit, den Kriegsparteien und den internationalen Organisationen ihre Diplomatie und ihre Guten Dienste anzubieten, um den Weg zum

Frieden zu ebnen. Das ist ebenso ein Pfeiler unserer Aussenpolitik wie die Wahrung der Landesinteressen. Wir müssen uns also in aller Bescheidenheit eines Kleinstaates zusammen mit den Akteuren der Weltsicherheitspolitik für Auswege aus diesem schrecklichen Krieg einsetzen. Auch als Vermittlerin, die solidarisch mitgetragene Sanktionen wieder mit Gesprächen verbindet, Druck mit Auswegen, Konsequenz mit Diplomatie.

Das Flüchtlingselend und unsere Integrationsbereitschaft

Zunächst zieht dieser Krieg jedoch ein wachsendes Flüchtlingselend nach sich. Vor allem für Frauen und Kinder. Nur der Westen als Ganzes kann eine solche Aufgabe bewältigen. Dabei wird auch die anhaltende Aufnahme- und Integrationsbereitschaft der Schweiz ein wichtiger Baustein sein. Deshalb haben wir den Schutzstatus S aktiviert, der es Flüchtenden aus der Ukraine erlaubt, hier unkompliziert Halt zu finden. Halt in der Bevölkerung und Halt in der Möglichkeit, wieder einen Lebenssinn zu finden. Niemand weiss, wie lange der Krieg dauert und wie lange es braucht, bis eine Rückkehr wieder möglich ist. Gewiss ist jedoch, dass auch Projekte für den Wiederaufbau Teil der Bewältigung des Flüchtlingsdramas sein werden.

Obwohl in der Tragik nicht mit den Kriegsopfern und ihren Familien vergleichbar, gibt es auch bei uns wirtschaftliche Folgen bis hinein in die Unternehmen, in die Haushalte, in den Alltag. Anders als bei Corona ist die Schweiz nicht direkt betroffen, wohl aber indirekt. Und auch diesmal ist unvorhersehbar für wie lange, wie schwer und wo am meisten. Blicke in die Glaskugel sind spekulativ. Indessen gelten drei wirtschaftliche Auswirkungen als wahrscheinlich:

- Erstens müssen wir mit längerfristigen Auswirkungen rechnen. Die Abhängigkeit von russischem Öl, Gas und anderen Rohstoffen wiegt geopolitisch schwer und trifft - wenn gleich weniger stark, aber zunehmend - auch die Schweiz.
- Zweitens werden wir die Inflation und den Anstieg der Energiepreise deutlich spüren.
- Und drittens wird der Franken eine Fluchtwährung bleiben, was wiederum den Export erschwert.

Anders gesagt: Es wird keine Lösung geben, die die Schweiz wie von Zauberhand davon dispensiert, die Folgen mitzutragen. Auch wenn wir, Stand heute, nicht von Konjunkturerinbrüchen oder gar einer Depression ausgehen. Es ist die Aufgabe des Bundesrats, zusammen mit den Kantonen bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um Schäden und Engpässe zu begrenzen, den Flüchtlingsstrom zu bewältigen und die Finanzstabilität zu sichern. Die Welt hat sich seit dem 24. Februar geändert - und das nicht zum Guten. Freiheit, Demokratie müssen stets aufs Neue mutig verteidigt werden. Das hat seinen Preis. Die Schweiz ist bereit, diesen zu bezahlen.

FDP-Bundesrat Ignazio Cassis
ist Aussenminister und
amtierender Bundespräsident.
Bild: Keystone

